



Eine Rückkehr der Familie von Ali Bashar, dem mutmaßlichen Mörder der 14-jährigen Susanna, lehnt die Wiesbadener CDU-Fraktion entschieden ab.

„Es darf keine Einreise geben“, betont Fraktionsvorsitzender Bernhard Lorenz. Gemeinsam mit den Eltern und fünf Geschwister war der Verdächtige nach der Tat in den Irak geflohen, um seiner Verhaftung zu entgehen.

Kurdische Behörden hatten ihn aufgespürt und der deutschen Bundespolizei übergeben. Nun strebt die Familie, deren **Asylanträge schon vor über einem Jahr abgelehnt** worden waren, nach Pressemeldungen offenbar ein neues Asylverfahren an.

Zu erfahren war, daß einer von Ali Bashars Brüdern seine Rückkehr plant, um in der Nähe des in Untersuchungshaft sitzenden Ali sein zu können. Möglicherweise plant die gesamte Familie ihre Rückkehr, wenn der Prozess beginnt.

„Nach meiner rechtlichen Einschätzung dürfte die freiwillige Rückkehr der Familie in den Irak dazu führen, daß kein Rechtsschutzinteresse mehr für ein Asylverfahren gegeben ist“, betont der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Rathausfraktion Dr. Bernd Wittkowski.

Damit, so der ehemalige Vizepräsident des Wiesbadener Verwaltungsgerichtes weiter, besteht auch kein Recht auf eine erneute Einreise in die Bundesrepublik, da durch die Flucht und die selbst gewollte Einreise in den Irak eindrucksvoll dokumentiert wurde, dass die Familie dort gar nicht bedroht ist.